

**Der Hintergrund:** In der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges hatten die Amerikaner von Westen her Nazideutschland erobert, die Russen von Osten. An der Elbe trafen sich die beiden damals noch verbündeten Armeen. Als Besatzungstruppen blieben sie dann. Es entstand einerseits Westdeutschland, die BRD, und andererseits die Ostzone, die DDR. Berlin, ehemalige Hauptstadt des Deutschen Reiches, war in Sektoren aufgeteilt, die von den Siegermächten verwaltet wurden. Aus dem amerikanischen, dem britischen und dem französischen Sektor entstand Westberlin als Insel in der Sowjetzone. Aus dem russischen Sektor entstand Ostberlin, die neue Hauptstadt der DDR. Die SED (sozialistische Einheitspartei) mit Walter Ulbricht herrschte, unter strenger Aufsicht von Moskau. Weil die Planwirtschaft des „Arbeiterstaates“ DDR nicht funktionierte, wie es die Lehre von Karl Marx vorsah, mussten die Arbeitsnormen erhöht werden.

TEXT: LORENZ DERUNGS, BERN

**Der Anfang:** Am 16. Juni 1953 legten Bauarbeiter in der Berliner Stalinallee ihre Arbeit nieder und marschierten zum Haus der Ministerien. Sie forderten, dass die Regierung den Beschluss, die Arbeitsnormen um 10 % zu erhöhen, zurücknimmt. Die neuen Arbeitsnormen würden eine beträchtliche Lohneinbuße bedeuten. Immer mehr Berliner schlossen sich dem Protestzug an, denn die Regale in den Geschäften waren leer, vor allem fehlte es an Nahrungsmitteln. Die Menge auf der Straße wuchs auf zehntausend Menschen an. Die Berliner wollten nicht nur bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern auch mehr Mitbestimmung in den Betrieben. Rufe nach Freiheit und Demokratie wurden laut.

**Der 17. Juni 1953:** Am folgenden Tag kam es nicht nur in Berlin, sondern auch in mehreren Industriestädten der DDR (Magdeburg, Leipzig und Dresden) zu Demonstrationen.



Der Ruf nach politischen Veränderungen wurde immer lauter: freie Wahlen, Beseitigung der Vorherrschaft der SED, Meinungsfreiheit und Öffnung der Gefängnisse, in denen Tausende Unschuldige inhaftiert waren. Die Polizei war machtlos.

Da griff die sowjetische Besatzungsmacht ein. Panzer fuhren auf. Schüsse ertönten. Die sowjetischen Militärkommandanten verhängten den Ausnahmezustand.

**Das Ende:** Zwei Tage dauerte es, bis der Aufstand niedergeschlagen war. Opfer des Aufstandes: 15 getötete Demonstranten, 62 Hinrichtungen, 388 Verletzte und etwa 25 000 Verhaftungen. Der 17. Juni wurde in der DDR als „Arbeiteraufstand“ bezeichnet, in der BRD als „Volksaufstand“.

**Der Ausblick:** Der „real existierende Kommunismus“ des „Arbeiter- und Bauernstaates“ DDR war ein Flop. Zwischen dem Sturz des DDR-Regimes 1989 und dem 17. Juni 1953 besteht ein enger Zusammenhang: Zunächst die politische und soziale Einzelforderungen, dann der Wunsch nach Freiheit und Demokratie, schließlich nach Wiedervereinigung. Der ausschlaggebende Unterschied: 1989 rollten keine russischen Panzer mehr.

### **Die SED-Zeitung *Neues Deutschland* berichtet:**

*Als ein Panzer über den Alexanderplatz rollte, schrien die Provokateure auf. Mit wutentstellten Gesichtern und weichen Knien starrten sie auf das erhobene Rohr. Zwei Halbstarke griffen zu Steinen und warfen sie auf den Panzer. Unberührt rollte der Panzer weiter, nicht einmal eine Schramme blieb zurück. Der Sowjetsoldat schaute angeekelt auf diese widerlichen Gestalten, in die verlebten vom Laster gezeichneten Gesichter.*

Allen Freiheitserhebungen, die dem 17. Juni im Ostblock folgten - der Volksaufstand in Ungarn 1956, der Prager Frühling von 1968 - setzte das militärische Eingreifen der Sowjets ein Ende. Ohne das Eingreifen der sowjetischen Panzer wäre es eventuell schon 1953 zur deutschen Einheit gekommen, denn Walter Ulbrichts Regierung und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) waren am 17. Juni praktisch entmachteten worden.

Ein Unrechtsstaat, der seine Bürger einmauerte, Hunderttausende ins Gefängnis steckte und diejenigen erschoss, die fliehen wollten, war nach 40 Jahren zu einer „Fußnote der Weltgeschichte“ geworden.

**Die folgenden Multiple-Choice-Fragen beziehen sich auf den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR. Von den drei möglichen Antworten ist jeweils nur eine richtig. Kreuze diese an:**

**In der thüringischen Zeitung *Das Volk* war am 19. Juni 1953 zu lesen: *Hiermit wird mitgeteilt, dass der Einwohner der Stadt Jena, Alfred Diener, einer der aktivsten Organisatoren von Provokationen und Unruhen in der Stadt Jena am 17. Juni 1953 wie auch Teilnehmer der gegen die Staatsorgane und Bevölkerung gerichteten verbrecherischen Handlungen ist. Diener ist zum Erschießen verurteilt. Das Urteil ist vollstreckt worden. Der sowjetische Militärkommandant.***

**Diese Hinrichtung fand ohne vorherige Gerichtsverhandlung statt. Eindeutig die Handlung eines Unrechtsstaates. Mit welchem juristischen „Trick“ wurde sie „legalisiert“?**

- Der Stärkere hat immer recht.
- Verhängung von Notrecht.
- Behauptung von Notwehr.

**Ein Teil der Nord-West-Hauptachse durch Berlin heißt „Straße des 17. Juni. Das Teilstück war zur Zeit Hitlers gebaut worden, sehr breit, als Paradedstraße gedacht. Während der Besatzungszeit diente die Straße als Flugplatz. Später fanden hier Love-Paraden statt und für die Fußball-WM war sie Fanmeile. Die Straße**

- befindet sich auf dem Gebiet des ehemaligen West-Berlins und erhielt ihren Namen 1953 auf Beschluss des Westberliner Senats.
- befindet sich auf dem Gebiet des ehemaligen Ost-Berlins und wurde gleich nach der Niederschlagung des Volksaufstandes auf persönliche Initiative von Walter Ulbricht so genannt.
- befindet sich sowohl auf West- wie auch Ostberliner Boden. Die Namensgebung erfolgte im Juni 1953 nach gemeinsamem Beschluss des Regierenden Bürgermeisters von Westberlin und Walter Ulbricht aus der DDR.

**Die Steine, welche die Demonstranten des 17. Juni auf die sowjetischen Panzer warfen,**

- waren von der Sowjetunion geliefert, um an der Stalinallee Plattenbauten zu errichten.
- stammten meist aus den Trümmerhaufen ausgebombter Häuser, welche seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges immer noch besonders im Ostteil der Stadt vorhanden waren.
- waren von miserabler DDR-Qualität, weshalb sie den soliden sowjetischen Panzer keinen Schaden zufügen konnten.

**Die „Zentralverwaltungswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik“ in Ostberlin definierte die zu leistende Arbeit in einem bestimmten Zeitraum und beschrieb die Bedingungen, also die technischen und organisatorischen**

**Voraussetzungen sowie der Art der Arbeitsdurchführung. Das alles führte zur Berechnung, welche Stückzahl eines Produktes in einer bestimmten Zeit hergestellt werden konnte. Das war**

- das Lokomow.
- die Spartakiade.
- die Arbeitsnorm.

**Die Planwirtschaft der DDR bestimmte in den 5-Jahres-Plänen, welche Schwerpunkte die Wirtschaft setzen muss. Der 5-Jahresplan von 1951 bis 1955**

- förderte die Produktion von Konsumgütern.
- forcierte die Schwerindustrie (Bergbau-, Eisen- und Stahlindustrie).
- hatte sich die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zum Ziel.

**Im Jahre 1953 bestand die Berliner Mauer noch nicht.**

- Doch die „Republikflucht“ war für die Bürger der DDR schon damals ein Strafbestand.
- Damals konnten Deutsche ihren Wohnsitz wählen, wo immer sie wollten.
- Innerhalb des ehemaligen Deutschen Reiches hatte es damals noch keine Grenzkontrollen.

**Die Stalinallee erhielt ihren Namen im Jahre**

- 1933 und war von Albert Speer so gebaut worden, wie sie heute noch steht.
- 1949 und war zum Prachtsboulevard bestimmt.
- 2003 zur Feier des 50. Todestages von Stalin.

**Welches war der grundlegende Unterschied zwischen dem Volksaufstand von 1953 und 1989 in der DDR?**

- Das Nicht-Eingreifen sowjetischer Truppen in die Vorgänge in der DDR.
- 1953 nahmen nur Arbeiter am Aufstand teil.
- 1989 garantierte die Weltpolizei USA, die Freiheit in Berlin zu verteidigen.

**Die Staatsform dieses real existierenden Sozialismus war „Volksrepublik“; das politische System dieser Gesellschaften war durch eine autokratische Ein-Parteien-Herrschaft gekennzeichnet, das Wirtschaftssystem durch Planwirtschaft.**

- Dies war die Bundesrepublik Deutschland (BRD)
- Dies war die Deutsche Demokratische Republik (DDR)
- Die beschriebene Staatsform gilt sowohl für die BRD wie auch die DDR.